

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Oberschlesische Abstimmung im November?

Unterredung mit General Le Rond.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Doppel, 16. September.

Die Vorgänge der letzten Zeit haben mich veranlaßt, den General Le Rond, den Präsidenten der Interalliierten Kommission in Duppeln, um eine Unterredung zu bitten. Der General dementierte zunächst noch einmal in aller Form das von der „Breslauer Morgenzeitung“ veröffentlichte Dokument, das er als völlig erfunden bezeichnete. Ueber die Unruhen der letzten Wochen erklärte er:

„Die Interalliierte Kommission ist fest entschlossen, jeden Unruhestifter, den sie ermitteln kann, streng zu bestrafen, und zwar nach der einzigen Richtlinie des Gesetzes. Die Schuldfrage ist in einem Land, das so viel Konflikstoff birgt, nicht ohne weiteres zu entscheiden. Der Schein spricht bei allen derartigen Vorgängen gegen die Partei, die anfängt. Deshalb sollten alle Beteiligten in Oberschlesien sich aufs äußerste zurückhalten.“

Auf die Frage nach den Maßnahmen gegen die Führer der polnischen Kampfsorganisationen, deren Bestehen offenbar erwiesen ist, erklärte Le Rond:

„Alle Schuldigen, deren man habhaft geworden oder noch habhaft wird, werden unweigerlich durch die interalliierten Kriegsgerichte abgeurteilt werden. Die Entwaffnungssaktion hat im allgemeinen günstige Erfolge erzielt. Von einer Beendigung kann man in einem so unruhigen Gebiet nicht sprechen, da täglich wieder neue Waffen herbeikommen. Von polnischer Seite werden sie als Konterbande über die Felder an der Grenze geschmuggelt, aber auch von deutscher Seite hat man gestern wieder auf dem Güterbahnhof Hindenburg einen Waggon mit 900 Gewehren beschlagnahmt. Die blaue Abstimmungspolitik, deren Einrichtung durch den Friedensvertrag vorgesehen war, scheint sich gut einzuführen. Ihre Zahl ist nicht begrenzt und wird, wenn nötig, erhöht werden.“

Die Veröffentlichung der Dokumente über einen bevorstehenden Polenputsch gab Anlaß zu der Frage nach den Maßnahmen, die die Kommission gegen eine etwaige Wiederholung der kirchlichen Ereignisse getroffen habe. Der General erwiderte: „Wer jetzt wieder etwas unternimmt, der kann etwas erleben!“

Das Gespräch kam dann auf den Termin der Abstimmung. Mein Hinweis auf Korsantys Aufruf, der auf eine schnelle Abstimmung drängt, unterbrach General Le Rond sofort mit den Worten: „Die Kommission duldet keine Präzision. Die letzte Entscheidung über den Termin liegt bei dem Vorschlagsrat in Paris, an den die Interalliierte Kommission in Duppeln ihre Vorschläge zu machen hat.“

Die Befürchtung, daß sich Abstimmungsberichtigte aus dem Reich durch die Besorgnis vor Unruhen in Oberschlesien ab-

halten könnten, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, bezeichnete Präsident Le Rond als verfehlt. Es wird keine Abstimmung stattfinden, bevor Ruhe und Ordnung im Land herrscht. Ordnung, Ruhe und Arbeit müssen die drei einzigen Lösungsworte des Oberschlesiers sein. Das Beste, was die Deutschen und Polen außerhalb des Abstimmungsgebiets für Oberschlesien tun können, ist, wenn sie in diesem Sinn auf ihre hiesigen Volksgenossen einwirken. Nur so kann auch die Kohlenquote garantiert werden, auf die beide Länder angewiesen sind. Wir wollen nicht den natürlichen Abstimmungslampf unterdrücken, sondern nur seine Ausschreitungen. Jede Partei muß wissen, daß dem Stimmgästel allein die Entscheidung zufällt. Wenn diese Erkenntnis erst einmal durchgedrungen ist, dann hoffen wir, in absehbarer Zeit geordnete und ruhige Zustände garantieren zu können, die dann die Abstimmung ermöglichen.

Le Rond verwahrte sich weiter auf das entschiedenste gegen den Vorwurf der Parteilichkeit, vor dem die Kommission schon durch ihre Zusammenfassung geschützt sein soll. Die Ordnung in Oberschlesien liegt ebenso im Interesse der Provinz, wie in dem ganz Europas. Sie würde auch der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nützen, einer Zusammenarbeit, die für beide Länder unentbehrlich ist. Denn, so schloß Präsident Le Rond, zwei große Nachbarn wie diese beiden, können einander im Frieden nicht entbehren.“

Soweit die sorgfältig abgemessenen Äußerungen des Präsidenten der Interalliierten Kommission. Aus weiteren Gesprächen, die ich mit anderen Mitgliedern der Kommission führte, ergab sich, daß die Kommission einmütig die Proklamation der letzten Lage und Wochen auf das lebhafteste bedauert. Ebenso einmütig scheint der Wille zu sein, Ruhe und Ordnung im Lande herbeizuführen und dann sofort die Abstimmung vorzunehmen. Falls nicht weitere Zwischenfälle erster Art sich ereignen, kann damit gerechnet werden, daß die Abstimmung etwa in der zweiten Novemberhälfte stattfindet. Die Vorbereitungen dafür werden jedenfalls eifrig betrieben. Unentbehrliche Voraussetzung ist bings, daß die Kommission in der Lage ist, die zugesicherten Garantien für eine unbeeinflusste Abstimmung restlos zur Durchführung zu bringen. Dazu gehört auch eine Art Propaganda, die nicht verlegend wirkt, sondern durch die Betonung der positiven Gesichtspunkte, die für die Untrennbarkeit des gesamtdeutschen Wirtschaftsgebiets einschließl. Oberschlesiens überzeugend genug sprechen, außerdem kann nicht verschwiegen werden, daß die Vertreter aller in der Abstimmungskommission vertretenen Nationalitäten den Versuch, die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen, aufs entschiedenste zurückweisen. Die Kommission beruhe, so wurde erklärt, auf dem Grundsatze der Parteilichkeit und die nichtfranzösischen Mitglieder erblicken eine Beteiligung darin, wenn man ihnen nachsagt, daß sie sich von einer Partei der Kommission an die Wand drücken ließen.

Dr. Manfred Georg.

(Siehe auch vierte Seite.)

Sturmtage in Triest.

Von

Richard Kay,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Den Laibacher Blättern zufolge ist die Lage in Triest immer noch äußerst gespannt. In den Straßen werde immer noch geschossen, die Gefängnisse seien mit Verhafteten überfüllt. Militär durchziehe die Straßen, auf denen sich nach 10 Uhr niemand mehr zeigen dürfe.

* Triest, 11. September.

Seit fast zwei Jahren hat Triest seinen Willen und ist italienisch.

Das heißt, so einfach läßt sich das nicht sagen. War es Triests Wille? Die Irredentisten beteuerten es, und als ich einmal (es war vor dem Kriege) einem von ihnen einwandte: „Wenn in Triest die subventionierenden Millionen Oesterreichs fehlen, wird es eingehen, und auf der Piazza Grande wird Gras wachsen“, da erwiderte der Irredentist großartig: „Aber es wird italienisches Gras sein!“ Dagegen ließ sich nichts sagen, wengleich die slowenische Arbeitermehrheit der Stadt bei weitem lieber slowakisches Gras wachsen gesehen hätte und dieser Ueberzeugung bei Kriegsbeginn dadurch Ausdruck gab, daß sie die Redaktion des „Piccolo“ sehr gründlich anzündete und im Restaurant „Bona via“, wo es die feinsten italienischen Njotti gab, die Zubereitung weiterer italienischer Speisen durch einige geschickt placierte Bomben verhinderte. Auch den bronzenen Verdi, der immer sehnsüchtig nach Venedig geblickt hatte, legten sie bei diesem Anlasse auf die Nase. Die italienischen Nationalisten haben sich für diese Unfreundlichkeiten erst ganz kürzlich revanchiert, indem sie das slowakische Hotel „Balkan“, den Hort südslowakischer Gesinnungen und ausgezeichneter Mehlspeisen, niederbrannten. Aber auch angenommen — und wir wollen es der Einfachheit halber tun — es sei der Wille Triests gewesen, italienisch zu werden, so ist ihm das bisher nicht gelungen, denn da die Adriafrage noch ungerügelt ist, konnte Triest nur faktisch, nicht aber rechtlich annektiert werden, und ich erfuhr zu meiner größten Ueberraschung, daß die Triestiner Gerichte noch immer nach altösterreichischem Rechte antworten.

Ich erfuhr das auf diesem Umweg: Die „Benezia“, ein sehr schneller und grazioser Doppelschraubendampfer, hatte mich eben von Venedig hierher gebracht, und ich saß auf der Piazza Grande im Café Specchi, um den ersten Triestiner „Espresso“ zu versuchen, als ein Mann brillierend vorbeilief, verfolgt von einem Trübel Würger, Carabinieri und Soldaten. Er rief andauernd Unhöflichkeiten, was ihn berart am Laufen behinderte, daß ein flinker Polizist ihn, eben vor dem Café, einholte. Da zog der Mann einen Revolver und knallte. Er traf den Polizisten in den erhobenen Arm, wurde aber sogleich niedergebissen und entwaffnet. Die Gäste des „Café Specchi“ tauchten wieder über den Tisch auf und tranken ihren Kaffee gleichmütig weiter. „Die übliche Dummheit“, knurrte ein Herr nebenan. — „Die übliche?“ — „Ach ja, geschossen wird täglich. Gestern gab's drei Tote auf der Piazza Goldoni.“ — Weil nämlich Triest noch nicht annektiert ist und deshalb ein arger Verwaltungswirwar herrscht, hat der italienische Regierungskommissar für gewisse Delikte — wie etwa Waffentragen — Kriegstribunale aufgestellt. Hierdurch fühlen sich die Sozialdemokraten getränkt und freiten, wogegen wieder die nationalitalienischen „Faschi“ mit Streikbruch opponieren und letzten Endes die beiderseitigen Revolver losgehen. Gewöhnlich schlägt gezielt. Den Tag, an dem ich ankam, war gerade ein solcher Streit zusammengebrochen. Die Arbeiterschaft — slowenische und italienische Sozialdemokraten, die vereint auf Venetischem Boden stehen, — schloß den Streit mit einem Protestzug, der mit der Wade aneinandergeriet. Ein Schuß tötete einen sechszehnjährigen Burschen, der eben vorbeiging und den der ganze Streit nichts anging, ein anderer durchbohrte einen neugierigen jungen Mann, der aus dem Fenster herabsah. Beide wurden als Arbeiter-Offer reklamiert und feierlich begraben. Bei diesem Anlasse holten Frauen einen Polizisten, der dienstfrei auf der Straßenbahn nach Hause fuhr, auf die Straße heraus und schlugen ihn mit Stöcken und Steinen tot. Abends bauten die Arbeiter in der Vorstadt St. Giacomo Barricaden und lieferten den mit Mitrailleusen anrückenden Truppen ein lebhaftes Feuergefecht, das sieben Tote und etwunddreißig Schwerverletzte kostete. Hierauf wieder vierundzwanzig Stunden Streik, neuerlich Krawall auf der Piazza Grande — zwei Tote, sechs Schwerverletzte — und endlich Kundmachung des Regierungskommissars: „Wer sich nach zehn Uhr abends auf der Straße zeigt, wird verhaftet“. Aber auch vor zehn Uhr sind Spaziergänge wenig ratsam, weil man an allen Straßenecken nach Waffen durchsucht wird (mir hatte meine Schaggsche, die der tapfere Soldat für einen Revolver hielt, bei einem Haare die Arretierung eingebracht).

Die Arbeiter fordern die sofortige formelle Annektierung Triests durch Italien, damit die Uebergangszeit mit ihren Kriegstribunalen beendet werde, (wohl auch damit die Preise hinuntergehen, die hier um etwa dreißig Prozent höher sind als im übrigen Italien). Singsingen will sich der Regierung

Die Präsidentenkrise in Frankreich.

Kategorische Ablehnung Millerands.

Paris, 16. September.

Die Morgenblätter veröffentlichten spaltenlange Berichte über die Präsidentenkrise. Aus der Fülle von Informationen, die einander zum Teil widersprechen, seien folgende Angaben als anscheinend zuverlässig hervorgehoben: Millerand trifft heute morgen gegen 8 Uhr in Paris ein. Er wird sich von hier aus gleich in seine Sommerwohnung nach Versailles begeben und dort im Laufe des Vormittags eine Reihe von politischen Persönlichkeiten empfangen. Man nimmt ferner an, daß der Ministerpräsident heute nachmittag Deschanel in Rambouillet besuchen wird. Die Rücktrittsbotschaft des Präsidenten der Republik ist dem „Echo de Paris“ zufolge schon seit mehreren Tagen fertig. Sie wird morgen dem Ministerrat vorgelegt werden. Nach dem Ministerrat wird Millerand die Präsidenten des Senats und der Kammer ersuchen, das Parlament einzuberufen. Man glaubt, daß das Einberufungsbekret Sonntag früh im „Journal officiel“ erscheinen wird und daß Senat und Kammer am Mittwoch oder Donnerstag getrennt Sitzungen abhalten, um Deschanel's Rücktrittsbotschaft anzuhören. Am Freitag wird voraussichtlich die vorbereitende gemeinsame Beratung der beiden Kammern zur Nominierung der Kandidaten im Luxemburg-Palast, dem Sitz des Senats, stattfinden. Am nächsten Tage, Sonnabend 25., wird der Kongreß zur Präsidentenwahl in Versailles zusammengetreten, falls die Annahme der heutigen Morgenblätter sich erfüllen.

Aus Genf meldet der Sonderberichterstatter des „Matin“: Es gibt etwas, was das Publikum zu erfahren das Recht hat, das

ist die kategorische Ablehnung des Ministerpräsidenten, die Präsidentschaftskandidatur für seine Person aufzustellen. „Nein, nein und nochmals nein!“ erwiderte hartnäckig der Ministerpräsident, „wenn ich wirklich, wie man mir sagt, meinem Vaterlande einige Dienste in dieser schweren Zeit, in der wir leben, erwiesen habe, so geschah dies nur infolge des Postens, auf dem ich mich befinde und auf dem ich bleiben will, solange ich das Vertrauen des Parlaments besitze. Ich hätte im Elysée nicht das letzte Können, was ich geleistet habe. Nein, in keinem Fall will ich kandidieren.“ „Aber“, fragte ihn vor einigen Tagen einer seiner Freunde, „wenn Ihnen das Parlament es zur Pflicht macht, anzunehmen?“ „Dann werde ich ebenfalls ablehnen“, erwiderte der Ministerpräsident, „weil es meine Pflicht ist, das Parlament zu verhindern, eine Dummheit zu begehen.“

Nach Ansicht der meisten Zeitungen hat der frühere Gouverneur von Algier, Senator Jonnart, der vorübergehend Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses war, die größten Aussichten, zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden, falls Millerand es endgültig ablehnt, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen, was so gut wie sicher ist. „Echo de Paris“ versichert, Jonnart könne als Millerands Kandidat betrachtet werden. Die Gegner der Kandidatur Jonnart weisen darauf hin, daß der Gesundheitszustand Jonnarts, der 63 Jahre alt ist, nicht sehr gut sei und empfehlen die Aufstellung eines jüngeren Kandidaten. Als solcher wird von einer ganzen Reihe Blättern der Kammerpräsident Raoul Péret in den Vordergrund gestellt. Péret kann tatsächlich als zweiter Favorit gelten. Es scheint, daß er erklärt hat, er würde die Wahl nur annehmen, wenn er ohne Gegenkandidat gewählt wird.

(Siehe auch dritte Seite.)